

Kultusminister streut den Eltern Sand in die Augen

BEV sieht die neue Übertrittsregelung skeptisch

Bericht: Bayerischer Elternverband

Anders als Kultusminister Spaenle kann der Bayerische Elternverband (BEV) in der neuen Regelung zum Übertrittszeugnis keine erhöhten Bildungschancen für Kinder erkennen. Nach wie vor prägt die familiäre Herkunft die Übertrittsentscheidung. Weil das Neue an der Übertrittsempfehlung eine rein formale Angelegenheit sei - ab jetzt bekommt jeder Viertklässler ein Übertrittszeugnis, nicht mehr wie früher nur diejenigen, deren Eltern das beantragt haben -, ändert sich nach Ansicht des BEV an den Schulkarrieren nicht viel. „Kinder, die in der Vergangenheit keine Übertrittsempfehlung für Realschule oder Gymnasium erhalten haben, erhalten sie auch jetzt nicht und gehen wie gehabt in die Hauptschule“, erklärt Ulrike Stautner, die stellvertretende Vorsitzende des BEV.

Durch die Neuerung, dass alle Grundschulabgänger erstmalig am 4. Mai dieses Jahres ein Übertrittszeugnis erhalten, sollen laut Kultusminister Spaenle Talente klarer erkannt werden. „Diese Aussage entlarvt doch, dass die Talente zuvor nur unklar erkannt wurden“, sagt Stautner. „Der Übertritt nach der vierten Klasse erfolgt viel zu früh. Niemand weiß, wie Zehnjährige sich entwickeln. Würde man den Kindern mehr Zeit lassen und sie von dem unsäglichen Übertrittsdruck, der oft schon in der 2. Klasse beginnt, befreien, dann könnten die Schüler und Schülerinnen ihre schlummernden Talente zur Entfaltung bringen. So aber wird die natürliche Wissbegierde der Kinder durch den Druck, dem sie ausgesetzt sind, systematisch unterdrückt“.

Kindern nütze es nach wie vor nichts, dass die Eltern ihre Fähigkeiten und Talente besser einzuschätzen wissen. Die vom Kultusminister eingeführte erweiterte Elternverantwortung beim Übertritt beinhalte einzig und allein, dass nur eine Note zum Bestehen des Probeunterrichts aufgeweicht wurde, um den Eltern ein scheinbares Mitbestimmungsrecht zu gewähren. Diese winzige Korrektur nenne der erste Mann im Kultusministerium eine nachhaltige Stärkung der Elternverantwortung.

„Wir bezeichnen das als Verspottung der Elternschaft“, sagt Ulrike Stautner. „Eltern haben immer die Verantwortung für ihre Kinder, dann sollten sie auch über die Schullaufbahn dieser Kinder selber entscheiden dürfen. Entgegen der landläufigen Meinung wollen nicht alle Eltern ihre Kinder um jeden Preis aufs Gymnasium schicken. Mit diesem Klischee wollen wir aufräumen. Wir wissen, dass die meisten Eltern ihre Kinder verantwortungsbewusst und gesund durch die Schule bringen wollen. Eine längere gemeinsame Schulzeit würde diese Probleme erst gar nicht entstehen lassen.“

Die von Spaenle angepriesene Palette von Möglichkeiten, über fast jede Schulart zum Abitur zu kommen, ist nach Meinung des BEV sehr übersichtlich. Viele Regionen in Bayern können die Vielfalt

des Schulsystems gar nicht bieten. Da müssen wohnortnahe Hauptschulen wegen des zunehmenden Wechsels an Realschulen und Gymnasien schließen. Auch seien nicht an jeder noch lebensfähigen Hauptschule M-Züge installiert. Der Bayerische Elternverband bittet die Regierung, ihre Verantwortung für die Schwächsten in der Gesellschaft wahrzunehmen und endlich für humane Bedingungen im Bildungssystem zu sorgen, damit Bayern die selbstgewählte Bezeichnung "bestes Bildungsland" auch wirklich verdient.

*Bayerischer Elternverband
Pressemeldung Nr. 15/09
01.05.2009*